

Protokoll Einwohnerratssitzung vom 7. November 2022

7. Sitzung vom 7. November 2022 von 19:00 bis 21:25 Uhr Casino Wohlen

Vorsitz	Cyrille Meier, Präsident
Protokollführung	Michelle Hunziker, Gemeindeschreiber-Stv.
Präsenz	Einwohnerrat 19:00 – 19:30 Uhr Mitglieder des Einwohnerrats: 36 Absolutes Mehr: 19 Zweidrittelsmehr: 24 Einwohnerrat 19:30 – 21:25 Uhr Mitglieder des Einwohnerrats: 37 Absolutes Mehr: 19 Zweidrittelsmehr: 25 Gemeinderat Arsène Perroud, Gemeindeammann Thomas Burkard, Vizeammann Roland Vogt, Gemeinderat Ariane Gregor, Gemeinderätin Denise Strasser, Gemeinderätin Weitere Anwesende Christoph Weibel, Gemeindeschreiber Sarah Donat, Kanzlei Roland Frick, Leiter Finanzverwaltung
Entschuldigungen	Laura Matter, SP Franziska Matter Schlein, Grüne Mika Heinsalo, Dorfteil Anglikon Harry Lütolf, Die Mitte, ab 19:03 Uhr anwesend Jonathan Nicoll, SVP, ab 19:30 Uhr anwesend

TRAKTANDEN

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Bericht und Antrag 15040 Vergütungsreglement für politisch gewählte Personen – Legislaturperiode 2022-2025 (Umsetzung Motion 15001)
3. Bericht und Antrag 14150 Kreditabrechnung Neubau Eishalle und Sanierung Schwimmbad mit Nebensportanlagen
4. Bericht und Antrag 15038 Gemeindehaus – Erneuerung Universelle Gebäudeverkabelung (UGV)
5. Motion 15005 Bereitstellung von Parkplätzen mit Ladestationen auf öffentlichem Grund
6. Postulat 15024 Steuerfusserhöhungen zwingend mit Schuldenabbau
7. Motion 15029 Definierung einer Schuldenobergrenze und einer Steuerfussobergrenze mit den notwendigen Massnahmen

Meier Cyrille, Präsident:

Eingänge

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 17. Oktober 2022 zu verzeichnen:

- Einladung zur 7. Einwohnerratssitzung vom 7. November 2022
- Bericht und Antrag 14107 Gesamtrevision des Abfallreglements vom 1. Oktober 2011 inkl. verursachergerechte Finanzierung (überarbeitete Version)
- Jahresbericht der Schule Wohlen 2021/2022 (15043)
- Postulat 15044 betreffend Tagesschule Schule Wohlen
- Bericht und Antrag 15042 Merkur-Areal – Verpflichtungskredit für die Umgestaltung und die Verbesserung der Infrastrukturen
- Einladung zum Cup-Spiel FC Wohlen
- Motion 15045 betreffend Betrieb der P&R-Anlage
- Motion 15046 betreffend Behebung der unbefriedigenden Protokollierung der Gemeindewahlen an der Urne

Bericht und Antrag 15040 Vergütungsreglement für politisch gewählte Personen – Legislaturperiode 2022-2025 (Umsetzung Motion 15001)

Isler-Rüttimann Isler, FGPK: Die meisten der Anwesenden waren dabei, als wir im April und im Dezember des letzten Jahres im Einwohnerrat das Vergütungsreglement für politisch gewählte Personen behandelt haben. Im April zog der Gemeinderat das Geschäft zurück, überarbeitete es und legte es dem Einwohnerrat im Dezember nochmals vor. Der Einwohnerrat hat damals den überarbeiteten Bericht und Antrag sowie den Kürzungsantrag um CHF 20'000 abgelehnt. Aufgrund der überwiesenen Motion der Mitte-Fraktion liegt nun der Bericht und Antrag 15040 mit der Erhöhung des Globalbetrages von CHF 40'000 auf CHF 60'000 vor. In der FGPK wurde nicht mehr über den Inhalt des Vergütungsreglements als solches gesprochen. Die Mehrheit der FGPK ist der Meinung, dass der vorliegende Bericht und Antrag genau der überwiesenen Motion entspricht. Zur Diskussion führte der rückwirkende Zeitpunkt der Anpassung des Reglements auf den 1. Januar 2022 oder ob es erst auf den 1. Januar 2023 in Kraft gesetzt werden soll. Die Fragen der FGPK an den Gemeinderat bezogen sich vor allem auf den zeitlichen Aufwand. Je nach Projekt und Ressort wird dieser auf durchschnittlich 40% bis 50% geschätzt. Dabei ist es schwierig zwischen Freizeit und Arbeit die Grenzen zu ziehen. Es gilt zu bedenken, dass der Aufwand in Stunden nur eine der Komponenten darstellt. Was für einen Stundenlohn dafür bezahlt werden soll ist wieder ein anderes Thema. Mit der vorliegenden Anpassung des Vergütungsreglements geht es hauptsächlich um ein Zeichen der Wertschätzung. Die FGPK hat dem vorliegenden Antrag mit 6 Ja-Stimmen zu 3 Nein-Stimmen zugestimmt. Der Abschreibung der Motion der Mitte-Fraktion wird einstimmig zugestimmt.

Fraktionsmeinungen

Dietrich Stefanie, Die Mitte: Die Vorlage wurde nun bereits zum dritten Mal traktandiert. Einmal hat der Gemeinderat sie zurückgezogen und einmal hat der Einwohnerrat sie abgelehnt, trotz, dass viele Ratsmitglieder eine Erhöhung des Gemeinderatssalärs für richtig gehalten hätten. Der Einwohnerrat war sich nicht so ganz einig über die Höhe der Entschädigung und ob diese im Sockel- oder im Globalbetrag enthalten sein sollte. Aus diesem Grund hat unsere Fraktion anfangs Jahr eine Motion mit einer Idee eingereicht, welche als mehrheitsfähig und als fairer betrachtet wird. Diese Motion wurde anlässlich der August-Sitzung überwiesen. In der Folge davon liegt nun der dritte Bericht und Antrag vor uns. Wir danken dem Gemeinderat für die Umsetzung, so wie wir sie gefordert hatten. Von einigen Seiten hörte ich, dass der Vorschlag grundsätzlich schon gut sei, doch das Reglement doch bitte erst ab dem Jahr 2023 gelten soll. Nein, denn es geht um die Gesamtlegislatur, so wie wir es auch in unseren Antrag formuliert haben. Die Erhöhung des Globalbetrags von CHF 20'000 ist fair. Er soll den Mehraufwand des Gemeinderats durch das neue Ressort der Volksschule und die neue Verteilung von allen Ressorts ausgleichen. Die Fraktion Die Mitte stimmt dem Antrag sowie der Abschreibung von dieser Motion natürlich zu.

Schmid Patrick, Grüne: Auch wir stimmen dem Antrag auf Abschreibung der Motion mehrheitlich zu. Sonja Isler-Rüttimann hat es uns sehr gut erklärt. Wir haben genau die gleichen Gründe. Wir haben diesen Antrag im Einwohnerrat so gutgeheissen, wie er beschrieben wurde. Das heisst auch wir werden einem Antrag auf eine nicht rückwirkende Inkraftsetzung nicht entsprechen, sondern den Antrag so unterstützen, wie er gestellt worden ist.

Manimanakis Corinne, SP: Von unseren Gemeinderatsmitgliedern wird viel Präsenz, Verhandlungsgeschick und Souveränität erwartet. Sie repräsentieren Wohlen und stecken, wenn etwas nicht rund läuft, auch einmal ein. Wenn wir in ferner Zukunft Frauen oder Männer wollen, welche ein solche Amt mit Herzblut ausüben mögen, ist die SP überzeugt, dass wir uns bald wieder dem Thema Vergütung befassen werden müssen und darüber diskutieren werden. Der Gemeinderat ist heute mit einer sehr schlanken Verwaltung unterwegs. Bei diesem grossen Bevölkerungswachstum soll er Wohlen steuern und lenken, Geschäfte abwickeln, planen und in nützlicher Frist Bericht und Anträge unterbreiten. Er muss dabei achtgeben, dass

er das Personal nicht überlastet. Anders als in einer Firma, ist er nicht befugt einfach so Personal einzustellen. Auch wenn es dringend nötig wäre, um vorwärtszukommen. Unsere Fraktion findet die Anpassung des Verfügungsreglements eine nette Geste für den Gemeinderat. Ein Dankeschön. Übrigens auch ein Dankeschön an alle Angestellten der Verwaltung, welche sich tagtäglich in die Arbeit knien. Für uns sind die Texte und die Motion Ein-zu-eins umgesetzt. Darum stimmen wir einstimmig beiden Anträgen zu.

Christen Peter, SVP: Wie es meine Vorrednerin bereits erwähnte, wurde über dieses Geschäft schon einmal diskutiert und beschlossen. Dass das Geschäft nun nochmals vor den Einwohnerrat gebracht wird und man entsprechend Geld ausgeben möchte, erachten wir als Zwängerei Der Mitte. Wir erachten dieses Vorgehen in der jetzigen Situation mit Inflation, Krieg, Nachwirkungen der Corona-Pandemie als unangebracht. Sie müssen sich bewusst sein, dass Sie als Mitglied des Einwohnerrates die Bevölkerung von Wohlen vertreten. Ich bin davon überzeugt, dass ein grosser Teil des Stimmvolks von Wohlen einem solchen Vorgehen nicht zustimmen würde. Ein Wort, welches angebracht ist, ist Demut. Dies vermisse ich aus der genannten Partei komplett. Es gibt eine weitere Sache, welche mir zu denken gibt. Wer in diesem Rat kann schon frei entscheiden. Das sind verschiedene Personen, wie Lehrer, Rektoren, Jugendarbeiter oder Mitarbeiter der Musikschule. Diese Leute sind auf irgendeine Art und Weise mit der Gemeinde verbandelt und wollen es sich nicht verderben. Es werden einfach Eigeninteressen wahrgenommen und es wird nicht im Sinne des Volkes abgestimmt. Wir werden dieser Motion einstimmig nicht zustimmen.

Stäger Dieter, FDP/Dorfteil Anglikon: Auch unsere Fraktion will dem Gemeinderat die nötige Wertschätzung für seine Arbeit aussprechen. Wir sehen durchaus, dass durch die Auflösung der Schulpflege ein Mehraufwand entstanden ist, welcher zwingend an die Exekutive übergegangen ist. Wir wollen aber auch daran erinnern, dass der Gemeinderat im ersten Anlauf vielleicht etwas viel wollte. Aus diesem Grund wurde das Geschäft seitens Einwohnerrat ursprünglich abgelehnt. Auf der anderen Seite freut es uns, dass heute der Vorschlag zur Diskussion steht, welcher ursprünglich unsere Fraktion erbracht hat. Dies war nämlich die Erhöhung des Globalbetrages um CHF 20'000. Diesem Teil der Motion können wir somit gut zustimmen. Nicht zustimmen können wir der rückwirkenden Inkraftsetzung. Stellen Sie sich vor, Sie sind irgendwo angestellt und der Verwaltungsrat gibt sich selbst, rückwirkend auf den Anfang des Jahres, eine saftige Lohnerhöhung. Sie als Angestellte haben aber seit vielen Jahren keine oder lediglich eine geringe Lohnerhöhung erhalten. Vergessen Sie den Wunsch, jemals eine rückwirkende Lohnerhöhung zu erhalten. Das bekommt in der Privatwirtschaft mit Sicherheit niemand. Und aus diesem Grund stellen wir den Änderungsantrag, das Datum der Inkraftsetzung des Reglements auf den 1. Januar 2023 festzulegen.

Andermatt Dennis, GLP/EVP: Die Schulpflege ist aufgehoben worden und somit sind die Arbeiten von fünf Personen auf eine Person im Gemeinderat – in diesem Fall von der Ariane Gregor – vereint worden. Mit der Auflösung der Schulpflege ist jedoch die Arbeit des Fünfergremiums nicht einfach in Luft aufgelöst worden. Die Arbeiten, zum Beispiel das Jugendfest oder die Mitorganisation beim Schulhausbau etc., wird vom Gemeinderat mitbearbeitet und begleitet. Die Mehrarbeit kostet und diesen Missstand müssen wir mit dem Antrag bereinigen. Nur macht die Erhöhung des Globalbetrags von CHF 40'000 auf neu CHF 60'000 den Job als Gemeinderat nicht super maximal attraktiver. Er würdigt jedoch die Arbeiten und die Leistungen der Ressortvorsteher. Kostet es nichts, ist es nichts wert. Zudem stehen wir hinter dem Antrag bezüglich der rückwirkenden Erhöhung per 1. Januar 2022. Dies weil die Arbeiten ja schon seit Beginn vor einem Jahr erledigt worden sind. Wir stimmen nicht aus Eigeninteresse dem Antrag zu, sondern auch als Vertreter des Volks.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich reagiere auf das Votum von Peter Christen, welcher den Vorwurf geäußert hat, der Gemeinderat hätte zu wenig Demut. Dies weise ich in aller Form zurück. Es ist völlig unpassend. Der vorliegende Bericht und Antrag wurde genauso umgesetzt, wie es die Motion gefordert hat. Das ist eigentlich die demütigste Art und Weise, wie man einen Auftrag aus dem Parlament richtig umsetzt. Diskutieren Sie darüber und fassen Sie selbst einen Beschluss über den Zeitpunkt der Inkraftsetzung. Für den Gemeinderat ist es einfach wichtig, dass ein Entscheid getroffen wird, damit die entsprechenden Folgearbeiten zeitgerecht und schnell umgesetzt werden können. Ich danke Ihnen herzlich für die Zustimmung zu diesem Antrag und wünsche Ihnen eine gute Entscheidungsfindung bezüglich des Zeitpunkts der Inkraftsetzung.

Einzelvoten

Lütolf Harry, Die Mitte: Es wurde seitens der FDP ein Antrag gestellt, dass das Reglement nicht rückwirkend in Kraft gesetzt werden soll. Ich denke mir, dass die FDP hier einen kleinen Denkfehler macht. Es ist tatsächlich so, dass die Angestellten nicht erwarten können, dass sie einfach so, rückwirkend eine saftige Lohnerhöhung erhalten. Das ist so, jedoch gibt es einen kleinen, feinen Unterschied, welcher aber entscheidend ist. Wenn Mitarbeiter in der Privatwirtschaft zusätzliche Kompetenzen oder Aufgaben zugewiesen bekommen, dann hat das meistens mit einer Änderung vom Stellenprofil zu tun. Wenn das Stellenprofil geändert wird und dadurch die Kompetenz und die Verantwortlichkeit zunimmt, dann wechselt in aller Regel auch die Lohnklasse – natürlich nicht nach unten, sondern nach oben. Und genau das passiert jetzt auch. Wir sind vorliegend mit der Situation konfrontiert, dass unsere Gemeinderätin jetzt zufälligerweise betroffen ist. Wir machen das selbstverständlich nicht, weil sie unserer Partei angehört, sondern weil es um das Grundsätzliche geht. Die Entschädigung für die Erledigung der Aufgaben soll einfach gerecht und fair sein. Unsere Gemeinderätin, wie auch die anderen Gemeinderäte – einfach etwas weniger – übernehmen wesentlich mehr Kompetenzen als noch in der vergangenen Legislatur. Sie wurde relativ spät mit diesem Entscheid, dass keine Entschädigung erfolgt, konfrontiert. Wir versuchen noch eine Lösung zu finden und heute diskutieren wir darüber. Wir sind der Meinung, dass die Inkraftsetzung rückwirkend erfolgen muss, denn unsere Gemeinderätin sowie die anderen Gemeinderatsmitglieder tragen seit dem 1. Januar 2022 bereits wesentlich mehr Verantwortung.

Abstimmung Änderungsantrag

Der Änderungsantrag FDP/Dorfteil Anglikon

Die Inkraftsetzung des Vergütungsreglements sei auf den 1. Januar 2023 festzulegen.

wird mit 13 Ja-Stimmen zu 23 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

1. *Genehmigung der Änderungen des Vergütungsreglement für politisch gewählte Personen mit rückwirkender Inkraftsetzung per 1. Januar 2022.*

wird mit 22 Ja-Stimmen zu 10-Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen zugestimmt.

2. *Abschreibung der Motion 15001 der Fraktion «Die Mitte» betreffend Anpassung des Vergütungsreglements für politisch gewählte Personen im Hinblick auf die Legislatur 2022-2025.*

wird mit 36 Ja-Stimmen zugestimmt.

Bericht und Antrag 14150 Kreditabrechnung Neubau Eishalle und Sanierung Schwimmbad mit Nebensportanlagen

Sax Simon, Präsident FGPK: Mit dem Bericht und Antrag 14150 unterbreitet der Gemeinderat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnungen zum Neubau Eishalle und Sanierung Schwimmbad mit Nebensportanlagen. Diesem Bericht und Antrag liegen folgende gesprochene Kredite zugrunde. Der Projektierungskredit 13038 über CHF 2 Mio. (Anhang 1), welcher im Februar 2015 vom Einwohnerrat gesprochen worden ist. Dann gab es die Urnenabstimmung vom September 2016 über den Baukredit 13100 betreffend Neubau der Eishalle über einen Betrag von CHF 12'321'128 (Anhang 2). Dann gab es den Baukredit 13099 betreffend Erneuerung des Schwimmbads inkl. dem Zusatzkredit 14005 für die grosse Wasserrutschbahn von insgesamt CHF 11'703'872 (Anhang 3). Auch dafür gab es eine Urnenabstimmung im September 2016. Zusammen haben die gesprochenen Kredite einen Umfang im Betrag von CHF 26'025'000 Mio. Die Kreditüberschreitung in der Abrechnung beträgt in Summe aller gesprochenen Kredite CHF 3'020'758, was gegenüber dem hundertprozentigen Kreditbetrag eine Überschreitung von 11,6% bedeutet. Die Begründungen zu den einzelnen Kreditüberschreitungen sind vom Gemeinderat dargelegt und von der FGPK als plausibel und nachvollziehbar eingestuft worden. Der Projektierungskredit (Anhang 1) wurde administrativ von der Gemeindeverwaltung abgewickelt. Die beiden weiteren Kredite Neubau Eishalle und Erneuerung Schwimmbad inkl. einen Zusatzkredit (Anhang 2 und 3) wurden administrativ von der Sportpark Bünzmat AG abgewickelt. Diese externe Buchhaltungsführung erachtet die FGPK als klar nicht wiederholungswürdig. Stellte es doch einen erheblichen Zusatzaufwand sowohl für die Gemeinde wie auch für die FGPK dar. Die FGPK nahm die Prüfung der Kreditabrechnung ernst und setzte dafür ein Team bestehend aus fünf Mitgliedern ein. Es fanden dafür acht Sitzungen statt. Die erste am 10. März und die letzte am 2. September 2022. Als Vergleich: Bei normalen Kreditabrechnungen prüft jeweils ein Zweierteam das Geschäft in der Regel an einem Abend. Eine umfangreiche Belegsammlung stellte die Grundlage für unsere Prüfung dar. Die Prüfung wurde nach dem anerkannten Grundsatz und nach den Regeln des Kantons durchgeführt. Häufig, aufgrund der Menge, auch nach dem Stichprobenprinzip.

Es darf festgestellt werden, dass die Eishalle und das sanierte Schwimmbad, ungeachtet der Kreditüberschreitung, eine sehr gefreute Sache ist. Im Ensemble mit den anderen Sportanlagen ist es in der Region eine einmalige Sache. Unsere Bestätigung ist im zugestellten Prüfungsbericht festgehalten. Die FGPK empfiehlt dem Einwohnerrat die Genehmigung der vorliegenden Kreditabrechnungen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Grundsätzlich halte ich fest – wie es bereits der Präsident der FGPK ausgeführt hat – dass man auf ein sehr erfolgreiches Projekt zurückblicken darf. Wir dürfen auf die gesamte Anlage sehr stolz sein. Wenn man sich etwas umschaute, wie viele Schwimmbäder innerhalb einer Saison saniert werden konnten, ohne dafür schliessen zu müssen, dann muss man sich weit umsehen. Die allermeisten Schwimmbäder müssen für eine Sanierung geschlossen werden. Es gilt ein grosses Dankeschön an die damaligen Projektverantwortlichen auszurichten, welche das Ganze in einem so engen Zeitrahmen umsetzen konnten. Wir dürfen stolz auf das mit knappen finanziellen Mitteln Erreichte sein. Mit knapp meine ich, dass keinerlei Reserven eingebaut worden sind. Sämtliche Unwägbarkeiten welche, während dem Bau, kurz vor und während der Eröffnung auftraten, konnten mit kleinen Kostenüberschreitungen abgefедert werden. Auch hier gilt den Verantwortlichen ein grosses Dankeschön auszusprechen.

Selbstverständlich – wie vom Präsidenten der FGPK angesprochen – gab es auch Fehler in diesem Projekt. Wir würden heute für den Projektvollzug wahrscheinlich eine andere Organisationsstruktur wählen. Im Jahr 2016 als der Einwohnerrat die einfache Baugesellschaft beschlossen hat, stellte es die richtige Entscheidung dar. Hätte man es anders gemacht, hätte es wahrscheinlich nicht so viel Arbeit für die FGPK gegeben.

Zukünftig müssten wir bei einem solchen Bauprojekt ganz sicher die Reserven einbauen. Die Reserven zu streichen war damals eine politische Abwägung. Reserven bei einem solch grossen Projekt zu streichen ist einfach fahrlässig, denn man sieht nie, welche Entwicklungen kommen. Dementsprechend ist es einleuchtend, dass die ausgewiesenen Planungsungenauigkeiten von $\pm 10\%$ in Anspruch genommen werden

mussten. Aus Fehlern dürfen wir lernen. Der Einwohnerrat hat in den letzten Bauprojekten keinen Einfluss mehr auf die Reserven-Positionen genommen. Das ist auch richtig so. Gesamthaft darf der Gemeinderat auf ein sehr erfolgreiches Projekt zurückschauen, welches zeitgerecht abgerechnet werden konnte und welches im Umfang im ganzen Kanton Aargau seines gleichen sucht.

Fraktionsmeinungen

Pascolin Laura, SP: Der vorliegende Bericht und Antrag ist transparent und sehr detailliert. Zudem hat die FGPK bestätigt, dass die Kreditabrechnung sauber und übersichtlich ist. Kreditüberschreitungen aufgrund von Planungsungenauigkeiten und Unvorhergesehenes stellen bei grossen Bauvorhaben kein Novum dar. Insbesondere kein Novum, wenn man keine Reserven eingeplant hat. Der Kostenvoranschlag im Bauwesen ist nach alter Tradition $\pm 10\%$ genau und genau dieses Toleranzband von $\pm 10\%$ war auf dem Abstimmungszettel vom 25. September 2016 aufgeführt. Bei normal risikobehafteten Projekten bewegen sich die Reserven für Unvorhergesehenes in einem Band von 3% bis 5% vom Kostenvoranschlag. Bei riskanteren Projekten wie Umbauten und Sanierungen oder schwierigen Baugrundverhältnissen – was bei der Eishalle der Fall war – können die Reserven unter Umständen auf 10% ansteigen. Bei diesem Bauvorhaben für den Sportpark Bünz matt ist man anscheinend von keinem Projektrisiko ausgegangen. Demzufolge hat man im Kostenvoranschlag vom 1. März 2016 auf die Bildung von Reserven für Unvorhergesehenes verzichtet. Weshalb man dazumal von der Bildung von Reserven abgesehen hat, scheint im Nachhinein nicht ganz nachvollziehbar sein. Die knappen 1,6% und nicht die 11,6% Kreditüberschreitung sind aufgrund von den nicht vorhandenen Reserven verhältnismässig adäquat. Wer jetzt immer noch überzeugt ist, dass es sich um 11,6% und nicht 1,6% handelt, soll doch bitte die Abstimmungsvorlage vom 25. September 2016 noch einmal genauer studieren.

Der Sportpark Bünz matt leistet einen grundlegenden Beitrag zur Lebensqualität in Wohlen. Die Sportanlagen schaffen einen Mehrwert für die Bevölkerung, Vereine und das Gewerbe. Der Sport ist ein Bestandteil unserer Gesellschaft. Auch hier im Einwohnerrat sitzen heute viele Sportlerinnen und Sportler, welche dank dem Sport heute die Energie und Ausdauer haben in der Wohler Politik mitzumischen. Die positiven Effekte des Sports sind für das Gemeinwohl unbestritten und führen dazu, dass die Gemeinde soziale Folgekosten einsparen kann. Aus wirtschaftlicher Sicht steigert die Sportinfrastrukturen die Wertschöpfung durch Besucherströme, schaffen Arbeitsplätze und erhöhen die Kaufkraft in der Region. Diese Einnahmeeffekte muss man der Kreditüberschreitung gegenüberstellen. Der Mehrwert der Sportanlage überwiegt bei weitem die Kreditüberschreitung von 1,6%. Die SP-Fraktion wird dem Bericht und Antrag einstimmig zustimmen.

Keller Anna, Grüne: Die neue Eishalle und unser Schwimmbad samt den Nebensportanlagen sind insgesamt toll und vielfältig. So hat das Schwimmbad viele angenehme Schattenplätze. Die Eishalle bietet auch im Sommer zusätzlichen Raum für ganz unterschiedliche Veranstaltungen. Dies haben wir im letzten Sommer gesehen. Und der Verkehrsgarten auf der alten Eisbahn wird sehr rege von den velofahrenden Kindern genutzt. Die Repol hat auf dem Verkehrsgarten in diesem Jahr unter anderem übrigens über 600 Verkehrsprüfungen mit Kindern durchgeführt. Und das sind nicht nur Kinder von Wohlen, sondern auch aus den anderen Repol-Gemeinden. Nicht zu vergessen ist, dass es neben diesen grossen Anlagen auch noch kleinere gibt. Nämlich eine neue Minigolfanlage, welche es selten gibt, einen Skatepark, einen Pétanque-Patz, eine Beachvolleyball- und eine Beachsoccer-Anlage. Zusammen mit der Anlage Niedermatten haben wir jetzt ein richtiges Sport- und «Freizeitsuperzentrum». In dieser Anlage konnte auch ein eindrückliches Jugendfest gefeiert werden.

Die komplizierte und umfangreiche Schlussabrechnung hat uns gezeigt, dass es schwierig ist, wenn keine Reserven im Kostenvoranschlag enthalten sind. Die sind von den Verantwortlichen aus dem Kostenvoranschlag gestrichen worden. In der Abstimmungszeitung ist allerdings darauf hingewiesen worden, dass die Abweichung $\pm 10\%$ betragen kann. Dies weil der Spielraum notwendig war und die Baukommission es dann auch wirklich gebraucht hat.

So hat es zum Beispiel bei der Eishalle zusätzliche Foundationen gebraucht, was eine sehr teure Sache darstellt. Oder die Sanierung der Pilz- und von den Flachdächern im alten Eingangsbereich fielen viel teurer aus, als berechnet. Auch die Baumeisterkosten bei der Eishalle fielen höher aus usw. Sie können dies selbst im Bericht und Antrag nachlesen. Eine riesige Unterstützung stellten auch alle auf Seite 5 im Bericht

und Antrag aufgelisteten Beträge dar. Vor allem der riesige Beitrag vom Swisslos-Fonds des Kantons Aargau. Wir sind insgesamt mit der Abrechnung zufrieden und stimmen allen drei Anträgen zu.

Hauri Claudia, SVP: Wir bedanken uns für die Kreditabrechnungen. Terminlich ist der Bau gut geplant und durchgeführt worden. Der Spatenstich bei der Eishalle im März 2017 und die Eröffnung im Oktober 2018. Im Schwimmbad fand der Start im September 2017 und die Eröffnung im Juli 2018 – mit nur drei Wochen Verspätung – statt. Finanziell ist die Kreditabrechnung im Dezember 2021 erstellt worden. Mit drei Jahren nach der Eröffnung etwas spät. Aber das Geld ist geflossen und schlussendlich ist die Kreditabrechnung erstellt und geprüft. Wir danken allen, welche bei der Erstellung dieser Kreditabrechnung und auch beim Prüfen geholfen haben.

Ich als Projektkontrollerin habe mich gefragt, was dieser Bau total gekostet hast. Also die Projektierung, der Bau der Eishalle, die Sanierung des Schwimmbads inkl. der Anschaffung der Grosswasserrutschbahn. Es sind CHF 28.7 Mio. Ist-Kosten. Die Summe aller genehmigten Kredite betrug CHF 25.6 Mio. Selbstverständlich $\pm 10\%$. Sprich es hat CHF 3.1 Mio. mehr gekostet als die genehmigten Kredite. Dies ohne den Spielraum von $\pm 10\%$. Insgesamt befindet sich das sicher im Rahmen des Normalen, zumal wir gerade gehört haben, dass noch Reserven gestrichen worden sind. Für mich stellen die 10% jedoch auch Reserven dar. Der Fraktion SVP ist es ein Anliegen, dass der Gemeinderat bei der nächsten Kreditabrechnung eine klare Kommentierung vornimmt als das verwirrende Spiel von $\pm 10\%$. Einfach aufführen, wie hoch die Mehrkosten sind und für was. Die SVP wird selbstverständlich allen drei Kreditabrechnungen einstimmig zustimmen. Wir erwarten gespannt auf die erste Abrechnung des operativen Ergebnisses der Sportpark Bünz matt AG ohne irgendwelche ausserordentlichen Einflüsse.

Parvex Olivier, GLP/EVP: Wir haben Freude am neuen Sportpark, welcher in einem langen politischen Prozess vor über zehn Jahren entstanden ist. Bei der Eishalle handelt es sich um ein gelungenes Bauwerk, welches zu deutlich mehr zu gebrauchen ist, als nur um Schlittschuh zu fahren oder zum Eishockey spielen. Es haben schon Ausstellungen und auch das Jugendfest auf dieser Anlage stattfinden können. Auch bei dem frisch sanierten Schwimmbad mit allen ihren Nebensportanlagen handelt es sich um eine gefreute Sache. Der Sportpark stellt zusammen mit der Tennisanlage, der Leichtathletik und dem Fussballstadion ein Sport- und Event-Kompetenzzentrum dar, welches weit über die Gemeinde hinaus ausstrahlt. Im Fall des Sportpark Bünz matt hat dies mit CHF 29 Mio. auch entsprechend viel gekostet. Dieser Betrag besteht aus den drei Krediten für die Projektierung, die Eishalle und das Schwimmbad. Über die Kreditabrechnung stimmen wir heute ab. Das Bauprojekt schliesst insgesamt mit einer Kostenüberschreitung von 12% ab. Ich sage jetzt bewusst 12%. Es bedeutet eine deutliche Überschreitung des vom Stimmvolk genehmigten Kredits. Fairerweise, und das hat der Gemeindeammann bereits erwähnt, wurde der Kredit dem Stimmvolk, aus taktischen oder politischen Gründen, ohne Reserven zur Abstimmung vorgelegt. Dies ist bei einem solch grossen Projekt eigentlich nicht seriös. Die Kreditüberschreitungen sind aus unserer Sicht nachvollziehbar begründet und das Geld ist ausgegeben. Deshalb bringt es jetzt nichts mehr, wenn man noch lange auf den Detailzahlen herumreitet. Für unsere Fraktion ist aber wichtig, und das scheint dem Gemeinderat auch der Fall zu sein, dass wir Lehren aus diesem Generationenbauwerk ziehen. Die Projektorganisation mit einer Aktiengesellschaft (AG) und der Gemeinde, welche zusammen eine einfache Gesellschaft gründeten, um das Bauprojekt umzusetzen, war – aus heutiger Sicht – ein falsches Konstrukt. Ich betone aus heutiger Sicht. Man hatte damals sicher gute Absichten. Dass die Sportpark Bünz matt AG die Bauabrechnung geführt und Zahlungen ausgelöst hat, war auch ein Fehler. Die Gemeinde darf ein so grosses Projekt nicht aus der Hand geben. Klar ist auch, dass uns der Sportpark Bünz matt mit dem Schwimmbad noch weiterbeschäftigen werden, denn die zwischen der Gemeinde und der Sportpark Bünz matt AG abgeschlossene Leistungsvereinbarung war offensichtlich viel zu optimistisch. Es werden voraussichtlich nochmals hohe Kosten auf die Gemeinde zukommen. Die GLP/EVP-Fraktion steht aber nach wie vor hinter dem Generationenprojekt. Aus diesem Grund sagen wir einstimmig Ja zu dieser Kreditabrechnung und den drei dazugehörenden Anträgen. Ich bitte Sie, dies auch zu machen.

Gregor Michelle, Die Mitte: Zuerst einmal danken wir vielmals für die Erarbeitung des ausführlichen Bericht und Antrags und den Anhängen. Wir Wohlerinnen und Wohler dürfen stolz auf unsere Sportanlagen sein. Neben der Niedermatten und bald auch der Hofmatten und zur Beschlussfassung auch die Kreditabrechnung des Neubaus der Eishalle, der Sanierung des Schwimmbads mit Nebensportanlagen. Alles klingt ja schon fast wie «Maggligen». Also vorweg Die Mitte stimmt den Kreditabrechnungen einstimmig zu. Der Weg der Planung zur Ausführung und Inbetriebnahme war alles andere als einfach. Verzögerungen des

Bauprojekts, Spannungsdifferenzen in der Badeanlage und dann noch die Corona-Pandemie. Wir leisten uns eine sehr gelungene Sportstätte, welche regional und kantonal besucht wird. Also tragen wir Sorge zu unserem Sportpark und stimmen dem Antrag zu.

Keller Samuel, FDP/Dorfteil Anglikon: Die Kreditabrechnung ist umfangreich und sie ist ehrlich. Wir sind damit zufrieden. Wir werden allen drei Anträgen einstimmig zustimmen. Insbesondere haben wir gesehen, dass die drei Anlagenteile wie Eishalle, Schwimmbad und die Nebensportanlagen gleichbehandelt worden sind. Damit haben wir einen «Cut», und können neu starten. Es ist alles ausgeglichen und wir beginnen von vorne.

Wir haben uns in der Fraktion überlegt, ob wir an dieser Stelle noch etwas Vergangenheitsbewältigung machen sollen. Wir sind zum Schluss gekommen, dass etwas für die Zukunft noch Relevanz aufweist. Seit Beginn im Jahr 2008 «Jetzt isch Badi dra» ging es nur schleppend voran. In diesen 14 Jahren arbeiteten fünf verschiedene Gemeinderatsmitglieder an diesem Projekt. Es gab in der Abteilung Planung, Bau und Umwelt und beim Vorsteher viele Wechsel. Wir hörten, dass es etliche problematische Sitzungen bei diesem Projekt gegeben hat. Dies hat dazu geführt, dass dem Projekt die Seele genommen worden ist. Ja, Sie haben es richtig gehört. Wohlen hat eine fast seelenlose Anlage zu einem etwas teureren Preis erhalten. Unsere Fraktion möchte jedoch in die Zukunft blicken und toleriert die entstandenen Mehrkosten. Wir stellen jedoch die Forderung, dass bei den beiden Hauptanlagen mehr am Image gearbeitet werden muss. Ab jetzt muss einfach alles stimmen. Es muss beispielsweise gut geführt werden. Das Betriebspersonal muss freundlich sein. Wir müssen Vollgas geben, dass es gut kommt. Zusätzlich sollen Grossanlässe, wie die HAGEWO, das Jugendfest oder andere Anlässe auf dieser Anlage stattfinden. Wohlen verfügt über ein neues Event-Areal. Der Kirchenplatz, welcher gesperrt wird, die Steingasse, das Merkur-Areal ist nach unserer Meinung passé. Wenn wir das nicht machen, werden wir nie mit der Rentabilität zufrieden sein. Wir haben die Bitte an den Gemeinderat, dass er entsprechend handelt. Er sprach im Bericht und Antrag von einem Leuchtturm-Projekt für die Region. Ich denke, der Gemeinderat hat auch erkannt, dass wir nun auf diese Anlage wechseln müssen. Ich danke zudem noch allen Beteiligten, welche an diesem Projekt gearbeitet haben, insbesondere denjenigen, welchen an dieser Schlussabrechnung gearbeitet haben, für ihre immense Arbeit. Sie haben etwas Wichtiges gemacht. Sie haben ein Stück der verloren gegangenen Seele wieder in das Projekt eingehaucht.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

1. *Genehmigung der Kreditabrechnung des Projektierungskredits für die Erneuerung des Schwimmbads und der Regionalen Eisbahn Freiamt im Betrag von CHF 2'090'857.05.*

wird 37 Ja-Stimmen einstimmig zugestimmt.

2. *Genehmigung der Kreditabrechnung des Verpflichtungskredits Neubau Eishalle im Betrag von CHF 13'709'298.80.*

wird 37 Ja-Stimmen einstimmig zugestimmt.

3. *Genehmigung der Kreditabrechnung des Verpflichtungskredits für die Erneuerung des Schwimmbads, der weiteren Sportanlagen und der Umgebung im Betrag von CHF 13'245'602.30.*

wird 37 Ja-Stimmen einstimmig zugestimmt.

Bericht und Antrag 15038 Gemeindehaus – Erneuerung Universelle Gebäudeverkabelung (UGV)

Meyer Hans Rudolf, FGPK: Die bestehende Gebäudeverkabelung im Gemeindehaus ist bald 30-jährig. Es kommt immer häufiger zu Störungen im Netzwerk. Die Kabel sind veraltet, brüchig und entsprechen nicht mehr den heutigen Standards. Es sind auch, bedingt durch Stellenerhöhungen, immer mehr Anschlüsse dazugekommen. Die Folgen davon sind, dass es zu Engpässen und Verzögerungen in der Datenübertragung kommt, wie im Bericht und Antrag zu lesen ist. Die heutigen Datenvolumen sind immer komplexer, grösser und verlangen schnellere Übertragungsraten. Ja, es bringt nichts, wenn man neue Hardware anschafft. Das Netzwerk ist und bleibt langsam. Ich arbeite seit über 30 Jahren mit Computern und weiss, was es heisst, einen langsamen PC oder ein langsames Netzwerk zu haben. Ich habe eine kleine, nicht ganz ernst zu nehmende Rechnung gemacht. Wenn ein Mitarbeiter im Gemeindehaus pro Tag im Durchschnitt fünf Dokumente öffnet oder herunterlädt und jedes Mal eine halbe Minute warten muss, sind das zweieinhalb Minuten im Tag. Das sind 12.5 Minuten in der Woche oder zehn Stunden im Jahr. Wie ich auf der Homepage der Gemeinde gesehen habe, gibt es 173 Mitarbeiter. Das wären dann insgesamt 1'730 Stunden, umgerechnet auf einen 8-Stunden-Tag sind dies über 200 Tage im Jahr. Auch wenn meine Berechnung nur zur Hälfte stimmt, sind es immer noch 100 Tage, welche das Gemeindepersonal vor einem PC wartet, um wieder weiterarbeiten zu können. Man könnte jetzt noch ausrechnen, wie viele Stellenprozente damit eingespart werden könnten oder um wie viel effizienter unser Gemeindepersonal arbeiten könnte. Aber lassen wir das. Somit macht es Sinn, die universelle Gebäudeverkabelung im Gemeindehaus zu erneuern und das Netzwerk gemäss Variante 2 zu ergänzen. In Anbetracht, dass bei einer Sanierung vom Gemeindehaus diese Investitionen nicht verloren sind, stimmt die FGPK dem Bericht und den Antrag 15038 einstimmig zu.

Burkard Thomas, Vizeammann: Ich danke dem Sprecher der FGPK Hans Rudolf Meyer für die korrekten Ausführungen. Ich habe nur ganz wenig beizufügen und fasse zusammen, dass wir das Geschäft sehr überschaubar finden.

Die neue UGV-Verkabelung im Gemeindehaus ist dringend notwendig. Die veraltete Verkabelung stellt ein erhebliches Risiko für die Betriebssicherheit der IT im Gemeindehaus dar. Zudem gibt es einen Engpass für den Datendurchsatz, welcher in Zukunft sicher nicht kleiner, sondern grösser wird. Auch die Bandbreite muss gegeben sein. Die Investitionen sind vertretbar und auch bei einer Sanierung des Gemeindehauses nicht verloren. Im aktuellen Finanzplan ist das Projekt enthalten, allerdings wurden die Kosten etwas tiefer geschätzt. Für den Finanzplan werden lediglich reine Kostenschätzungen abgegeben. Bei der Erarbeitung des Projekts zeigte sich jedoch, dass die Kosten etwas höher ausfallen werden. Der Gemeinderat bittet Sie abschliessend, den Bericht und Antrag anzunehmen.

Fraktionsmeinungen

Gutaj Mergim, SP: Vielen Dank an den Gemeinderat für die Ausarbeitung vom Bericht und Antrag. Die Ausgangslage zeigt deutlich, dass die universelle Gebäudeverkabelung im Gemeindehaus ihr Leben gelebt hat, ja sogar zu lang gelebt hat. Entsprechend kommt es immer häufiger zu Netzwerkstörungen und Ausfällen. Auch allgemeine Dinge, wie beispielsweise das Führen einer Videokonferenz stellt eine grosse Herausforderung für das System, für die Kabel und für die Mitarbeiter dar. Das ist für eine Gemeinde in der Grösse von Wohlen untragbar. Der Gemeinderat legt uns drei Varianten vor, wobei die Variante 1 eigentlich ein kleines Pflaster für eine zu grosse Wunde ist. Sie ist zwar sehr günstig, aber das Problem wird damit nicht behoben. Mit der Variante 1 würde es nach wie vor zu Netzwerkstörungen kommen. Auch ist die Leistungsfähigkeit nicht befriedigend. Die Varianten 2 und 3 sind sich relativ ähnlich. Wobei die Variante 3 rund CHF 10'000 teurer wäre. Die Vorteile sind dieselben. Der Gemeinderat empfiehlt die Variante 2, da die Kosten etwas tiefer ausfallen und weniger Raum gebraucht wird. Dieser ist ja bekanntlich sowieso zu

knapp. Die Argumente sind einleuchtend und machen Sinn. Die SP wird dem Antrag entsprechend zustimmen.

Schmid Patrick, Grüne: Meinen Vorgängern am Rednerpult ist eigentlich nichts mehr beizufügen. Die vorgeschlagene Variante 2 stellt betreffend Datensicherheit, mit den Updates, die beste präsentierte Variante dar. Auch nach einem Umbau des Gemeindehauses kann die Anlage weiterhin betrieben werden. Sehr gut ist auch, dass es nur ein Rack mit einem kleinen Raumbedarf braucht und es wenig Lärmemissionen verursacht. An dieser Stelle spreche ich René Bossert, IT der Gemeinde, einen herzlichen Dank für die hervorragenden Ausführungen zu diesem Thema, anlässlich der Sitzung der FGPK, aus. Wir werden dem Antrag einstimmig zustimmen.

Zimmermann Beate, EVP/GLP: Dass eine Verkabelung, welche vor 26 Jahren eingebaut worden ist, den Anforderungen der heutigen Technologie nicht mehr gerecht werden kann, ist uns allen klar. Aktuell hat die Gemeindeverwaltung eine ACO-Verkabelung, welche mit unterschiedlichen Doseneinsätzen arbeitet. Also Netzwerke oder Telefondosen, je nachdem. Mit einem Kabel können zwei Dosen betrieben werden und bei den modernen Verkabelungen wird mit einem Kabel aber nur eine Dose betrieben. Weil seit dem Jahr 2017 bei der Gemeinde Wohlen die Telefonie auch über das Netzwerk übertragen wird, werden die speziellen Einsätze für die Telefonie gar nicht mehr benötigt. Die vorhandene Technologie hat den Nachteil, dass es nur eine Übertragungsrate von 100 Mbit/s erreicht. Der heutige Standard für einen Arbeitsplatz liegt aber in der Regel mit 1 Gbit/s um ein Vielfaches höher. Es ist absolut notwendig, dass die Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung effizient arbeiten können und die heutige technische Möglichkeit ausschöpfen können. Die dafür nötige Infrastruktur müssen wir der Gemeindeverwaltung zur Verfügung stellen. Die vom Gemeinderat im Bericht und Antrag vorgeschlagene Variante 2 überzeugt uns. Da die erneuerte universelle Gebäudeverkabelung auch bei Sanierung und Umbau des Gemeindehauses weiterverwendet werden kann, ist es nicht nur eine notwendige, sondern auch eine nachhaltige Investition. Die Fraktion EVP/GLP stimmt dem Verpflichtungskredit gemäss Variante 2 einstimmig zu.

Isler-Rüttimann Sonja, Die Mitte: Wir kennen das alle, es gibt nichts Schlimmeres, als wenn uns die Leistungsfähigkeit der Rechner am effizienten Arbeiten hindert. Erfasste Daten nicht zuverlässig gespeichert werden können oder gar Betriebsausfälle drohen. Wir haben das alles schon gehört. Die Variante 2 wird auch vom zuständigen Fachbereichsleiter als die sinnvollste begründet. Das hat uns dann tatsächlich auch überzeugt, dieser zuzustimmen. Weil der Raumknappheit im Gemeindehaus so auch Rechnung getragen wird. Und natürlich ist auch unsere Fraktion glücklich darüber, dass die Investitionen bei einer allfälligen Erweiterung oder Sanierung vom Gemeindehaus nicht verloren sind. Die Mitte-Fraktion wird dem Bericht und Antrag zustimmen.

Scherrer Daniel, FDP/Dorfteil Anglikon: Auch wir von der Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon werden die Variante 3 unterstützen. Ich möchte aber noch an etwas erinnern. Heute ist der 7. November 2022. Es handelt sich de facto um die 1. Einwohnerratssitzung nach der im Oktober stattgefundenen Budgetdiskussion. Wir haben gehört, dass Teile davon bereits enthalten gewesen sind. Es ist jedoch ein bisschen störend, dass man über eine Verkabelung, welche ja sicher schon länger bekannt ist, einen Monat nach der Budgetdiskussion wieder diskutieren darf. Die Übertragungsgeschwindigkeiten sind schon länger ein Thema. Bei tagtäglich stattfindenden Videokonferenzen gibt es Probleme. Wir haben uns natürlich dort schon gefragt, ob das jetzt einfach so weit Usus wird oder ob man inskünftig ein bisschen mehr Sorge trägt. Gerne möchten wir in Bezug auf die vom 1. Dezember 2021 datierte Kostenschätzung wissen, ob die einberechnete Teuerung von 10%, hinsichtlich der Inflation und Materialknappheit, bei der Variante 3 ausreicht. Oder man noch mit zusätzlichen Kosten rechnen muss. Wir werden aber die Variante 3 unterstützen und werden dem einstimmig zustimmen.

Büchi Roland, SVP: Ich nehme an, wir haben alle den Bericht und Antrag gelesen. In diesem Fall gibt es da nichts mehr zu sagen, es ist alles gesagt worden. Die SVP-Fraktion wird dem Antrag einstimmig zustimmen.

Einzelvoten

Zingg Lionel, FDP: Als jüngster Einwohnerrat ist es für mich besonders wichtig, dass wir das jetzt sofort machen. Es sind drei Hauptgründe. Die Datenmengen wachsen im Moment exponentiell und nicht einfach nur linear. Das heisst, je länger wir bei so etwas warten, desto überproportional schlimmer wird es werden. Weiter ist es mir enorm wichtig, dass die Gemeindeverwaltung ajour ist, wenn es um die Digitalisierung geht. Darum ist es wichtig, dass wir das jetzt angehen. Der dritte Punkt ist, dass es zu einem attraktiven Wohn- und Arbeitsort gehört, wenn man möglichst speditiv und schnell von der Gemeindeverwaltung eine Antwort bekommt.

Burkard Thomas, Vizeammann: Ich muss zuerst festhalten, dass es um die Variante 2 geht und nicht um die Variante 3. Sowohl der Gemeinderat wie auch die FGPK favorisieren klar die Variante 2. Die Variante ist einleuchtend und ergibt – aufgrund der sehr engen Platzverhältnisse im Gemeindehaus – am meisten Sinn. Es liegt eine Studie vom Dezember 2021 vor und auf dieser basiert auch der Kostenvoranschlag. Schlussendlich stellt es natürlich auch etwas ein Kaffeesatzlesen dar, ob das wirklich gelingen wird den Kredit einzuhalten. Ich bin aber sehr zuversichtlich. Dies ist auch in der FGPK klar so gesagt worden. Wir haben einerseits eine Kostenermittlungstoleranz von $\pm 10\%$ enthalten – so wie bei allen Projekten. Zudem wurde eine Reserve von rund 10% eingeplant. Dies ist bei solchen Projekten üblich. Ich bin somit zuversichtlich, dass das so gelingen sollte. Der IT-Verantwortliche der Gemeinde äusserte sich anlässlich der FGPK-Sitzung dahingehend, dass bei der Beschaffung der Hardware allenfalls mit geringen Kosten gerechnet werden kann.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Genehmigung eines Verpflichtungskredits für die Erneuerung der Universellen Gebäudeverkabelung (UGV) im Gemeindehaus von brutto CHF 235'000 ($\pm 10\%$; inkl. 7.7% MWST).

wird 37 Ja-Stimmen einstimmig zugestimmt.

Motion 15005 Bereitstellung von Parkplätzen mit Ladestationen auf öffentlichem Grund

Lütolf Harry, Die Mitte: Ich bringe eine kleine Korrektur für das Protokoll an. Diese Motion wurde von mir persönlich eingereicht. Wahrscheinlich darf ich die Unterstützung meiner gesamten Fraktion geniessen. Wir werden es dann bei der Abstimmung sehen.

Bei der Mobilität handelt es sich nicht einfach um einen Selbstzweck. Die Mobilität ist etwas Wichtiges, auch für unsere Wirtschaft. Die meisten fahren nicht nur aus Spass herum, sondern weil sie zur Arbeit fahren müssen. Die Mobilität stellt somit einen Teil der Wertschöpfung dar und ist in diesem Sinn ganz wichtig. Wir alle wissen, dass sich die Elektromobilität stark im Zuwachs befindet. Meines Wissens ist bereits heute jedes vierte in Verkehr gesetzte Fahrzeug ein Elektroauto. Im Saal befindet sich ein Autoverkäufer, der weiss dies wohl besser als ich. Die Tendenz ist steigend. Dies bedeutet, dass wir in der nächsten Zeit immer mehr Elektromobile auf der Strasse sehen werden. Ein Teil des Verkehrs ist nicht nur das Fahren, sondern ganz wichtig sind auch die Parkierungsmöglichkeiten. Sei dies für benzin- oder dieselbetriebene – also herkömmlich betriebene Fahrzeuge oder eben jetzt zunehmend auch für Elektromobile. Wir wissen alle auch, dass in nicht allzu ferner Zukunft wahrscheinlich über 50% der immatrikulierten Fahrzeuge Elektromobile sein werden. Die EU hat zudem beschlossen, dass bis ins Jahr 2035 keine Benziner und Dieselfahrzeuge mehr produziert werden dürfen. Dies dauert nicht mehr allzu lange. Die Schweiz wird dann wahrscheinlich nachziehen müssen, da sie ja selbst keine Fahrzeuge produziert. Also werden wir auf unseren Strassen in Zukunft immer mehr Elektromobile haben und diese Fahrzeuge müssen parkiert werden können. Zusätzlich müssen wir auch noch die Klimaziele bis ins Jahr 2050 erfüllen. An dieses Ziel wollen wir alle mit allen möglichen Mitteln und Massnahmen hinkommen. Eine wichtige Massnahme stellt die Elektrifizierung des Verkehrs dar. Natürlich kann man jetzt sagen, dass dies nicht unbedingt eine zukunftsweisende Technologie ist und es vielleicht auch einmal etwas Besseres, wie zum Beispiel Wasserstofffahrzeuge, gibt oder was auch immer. Das kann sein, aber heute ist die Situation so, dass man in den kommenden zehn bis zwanzig Jahren auf die Karte Elektromobilität setzen muss. Hier muss auch die Gemeinde Wohlen einen kleinen Anteil dazu beitragen.

Ich habe den Auftrag meiner Motion gezielt tief angesetzt und verlange nicht etwas was illusorisch wäre, wie die Elektrifizierung von allen öffentlichen Parkplätzen in Wohlen, sondern ich habe mich auf das Umsetzbare beschränkt. Fünf Prozent in allen Tiefgaragen sollen elektrifiziert werden. In den Tiefgaragen ist dies am einfachsten zu installieren. Es liegt auf der Hand, dass sich die Realisierung einer Elektroinstallation in einem geschlossenen Gebäude einfacher gestaltet als draussen.

Der Gemeinderat stellt sich nun auf den Standpunkt, dass dies schon alles gemacht worden ist. Es wurden bereits die dafür vorgesehenen Rohre installiert und – wie im Bericht und Antrag formuliert – die entsprechenden Trassen bereits vorgesehen. Ja, schön. Was jedoch der Verkehrsteilnehmer mit einem Elektromobil erwartet, sind nicht die Rohre und die Trassen in den Wänden. Das hilft ihm gar nichts. Der Verkehrsteilnehmer mit einem Elektrofahrzeug möchte sein Fahrzeug heute an einer Ladestation anschliessen und aufladen. Insbesondere in der Tiefgarage beim Bahnhof. Wie wir ja wissen, gibt es dort ein grösseres Problem aufgrund der massiven Unterbelegung. Der Ort eignet sich ideal, um dort Ladestationen zu ermöglichen. Man könnte hierfür beispielsweise einen PR-Gag machen. Man könnte in dieser Tiefgarage die Elektroladestationen fixfertig montieren, sodass wenn ich dort einen Parkplatz für einen Monat oder ein Jahr miete, ich tagsüber, wenn ich arbeite, mein Fahrzeug aufladen kann. Ich kann so Park and Ride machen, mein Auto dort abstellen und etwa neun Stunden aufladen. Das wäre doch ideal. Würde ich Park and Ride machen, dann würde ich jetzt sofort einen Parkplatz mieten. Zum heutigen Zeitpunkt kann ich das jedoch nicht. Ich werde heute vom Gemeinderat mit der Begründung getröstet, dass die Motion ja – mit der Installierung der Rohre und Trassen – bereits umgesetzt sei. Aber das macht es ja nicht aus und interessiert niemanden. Interessant wäre einzig und allein, ob ich heute mein Auto aufladen kann oder nicht. Fact ist, dass ich es heute nicht aufladen kann.

Die Motion verlangt auch nicht, dass die Gemeinde das selbst betreiben muss. Es muss nicht der Gemeinderat auf das Fahrrad steigen und den Strom für die Elektroautos selbst produzieren. Er muss auch die Verkabelungen nicht selbst erstellen oder die Anlage selbst anschliessen. Das ist natürlich nicht die Meinung. Das kann irgendein Energieversorger sein. Vorliegend würde es wahrscheinlich Sinn machen, wenn es die IB Wohlen AG ist. Ein Energieversorger kann aber jetzt nicht einfach in diese Tiefgarage gehen und dort eine Anlage installieren. Es ist nachvollziehbar, dass niemand in diesem Land auf einem fremden Grundstück eine Anlage montieren kann, wenn es ihm gerade passt. Dafür muss er zuerst einen entsprechenden Auftrag und die Erlaubnis des Grundeigentümers bzw. der Baurechtsnehmerin haben und dies ist vorliegend die Gemeinde. Diese Genehmigung erteilt nicht der Einwohnerrat, sondern das Exekutivorgan und das ist der Gemeinderat. Der Gemeinderat muss das machen oder er gibt seiner Verwaltung den Auftrag, dies in die Wege zu leiten. Erst dann ist die Motion erfüllt. Der Gemeinderat behauptet und Ziffer 4, dass die Motion bereits erfüllt ist. Aber sie ist erst erfüllt, wenn die Ladestationen installiert sind und ich mein Fahrzeug mit einem Kabel dort aufladen kann, heute und nicht morgen. Es ist einfach dies zu machen. Man erteilt einen Auftrag oder reagiert auf eine Anfrage eines Energieversorgers. Das muss aber gemacht werden. Wenn das nicht gemacht wird, dann ist es heute nicht möglich.

Ich habe noch eine letzte Frage. In der Anlage Hofmatten gibt es jetzt dann bald die fertiggestellte Turnhalle. Es gibt jedoch noch eine Alte. In dieser Anlage befinden sich auch sehr viele Parkplätze. Der Gemeinderat äussert sich im Bericht und Antrag nicht, ob dort die Voraussetzungen für die Installation einer Elektroladestation auch bereits geschaffen worden ist. Meiner Meinung nach wird nur auf den Neubau Bezug genommen, aber nicht auf die alte Turnhalle mit all diesen Parkplätzen.

Ich danke Ihnen für die Unterstützung, von dem meiner Meinung nach, für Wohlen wichtigem Anliegen. Es würde für die Tiefgarage am Bahnhof eine sehr gute Werbemassnahme darstellen und etwas Bewegung in die Sache bringen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Der Gemeinderat freut sich, dass man mit Harry Lütolf von Der Mitte einen solch flammenden Befürworter der E-Mobilität hat. Wir unterstützen im Grundsatz die Forderung, dass eine genügende Ladeninfrastruktur zur Verfügung stehen soll. Nur erachten wir dies nicht als Aufgabe der öffentlichen Hand bzw. derjenige Beitrag, welche durch die öffentliche Hand zu leisten ist, ist bereits erfüllt.

Bezüglich der Frage zur Parkierung in der Anlage Hofmatten kann ich ausführen, dass dort alle Parkplätze, also sowohl die alten wie auch die neuen, zusammengezählt werden. In diesem Sinn hat sich das somit geklärt. Es gibt keine weitere neue Garage, sondern das gehört zusammen.

Grundsätzlich ist es so, dass sich die E-Mobilität sehr stark auf dem Vormarsch befindet. Das begrüßen wir auch. Wir sind aber auch klar der Meinung, dass es neben dem liberalisierten Strommarkt auch eine technische Seite gibt. Auch die Technologie befindet sich auf dem Vormarsch und auch dort wird der Markt spielen. Neben der Fahrzeuge wird auch die Ladeinfrastruktur zunehmend ausgebaut werden. Der im Saal anwesende und bekannte Autohändler führt bereits selbst eine solche Tankstelle und da sieht man, dass es weiterkommen wird. Zudem vertritt der Gemeinderat ganz klar die Ansicht, dass wenn sich jemand für ein Elektrofahrzeug entscheidet, dass in den meisten Fällen auch die Ladeinfrastruktur Zuhause geschaffen wird. Dies kann verschiedene Gründe haben, aber insbesondere stellt das Heimstromnetz wohl einfach die günstigste Variante dar. Zumal man mit einer Photovoltaikanlage selbst Strom produzieren kann und allenfalls über eine Speicherlösung verfügt. Dies stellt die absolut günstigste Lösung dar. Das Teure an den Ladestationen sind zudem nicht die sichtbaren Kasten und Kabel, sondern die Zuleitungen. Diese benötigt es, um die Leistungen zur Ladestation zu bringen. Diese Zuleitungen wurden nun bei den neuen Tiefgaragen bereits erstellt. Dies im Wissen darum, dass es für die Energieanbieter attraktiv wird, dort Ladestationen zu erstellen.

Die Mobilität inklusive der Energiekosten muss für den Gemeinderat kostendeckend sein. Da gehört es einfach auch dazu, dass die Installationen kostendeckend betrieben werden können. Der Preis pro Kilowatt muss dann den E-Autofahrenden auferlegt werden. Es kann nicht sein, dass die öffentliche Hand solche Vorkehrungen trifft sowie die Investitionen tätigt und damit den liberalisierten Strommarkt verfälscht. Die Motion ist jedoch auch schon deshalb erfüllt, weil die Installationen bereits vorgesehen sind und die Kontaktaufnahme mit den Energieversorgern erfolgt ist. Zwischenzeitlich wurden bereits für die Tiefgarage am

Bahnhof und die Anlage Hofmatten mit dem entsprechenden Energieversorger Kontakt aufgenommen und die Installationen werden umgesetzt. Die Forderung der Motion wird somit erfüllt. So kann Harry Lütolf, sollte er erfreulicherweise einmal lange am Bahnhof parkieren, sein E-Auto dann dort aufladen. Zusammenfassend erachtet es der Gemeinderat nicht als Aufgabe der öffentlichen Hand, solche Ladestationen zur Verfügung zu stellen mit Ausnahme der Vorinstallationen, welche wir bereits gemacht haben. Wir bitten Sie, die Motion abzulehnen.

Fraktionsmeinungen

Angst Matthias, GLP/EVP: Unsere Fraktion ist eigentlich gegen diese Motion. Dies nicht, was die Absicht anbelangt, sondern gegen die Form. Eigentlich sollte es die Motion nicht benötigen. Vielmehr sollte es selbstverständlich sein, dass heutzutage zu den vielen Parkplätzen und in jeder öffentlichen Tiefgarage auch Ladestationen gehören. In aller Regel erfolgt das bei der Inbetriebnahme und nicht erst Jahre später. Dieser Vorgang gehört eben zum operativen Tagesgeschäft des Gemeinderats und sollte darum eigentlich nicht im Einwohnerrat behandelt werden müssen. Der Gemeinderat scheint das – zumindest was er im Bericht und Antrag geschrieben hat – nicht so zu sehen. Vielleicht gelingt es ihm heute Abend, uns von anderem zu überzeugen. Er müsste jedoch, meiner Ansicht nach, noch etwas plausibler darlegen, dass die Arbeitsvergabe an den Betreiber – zum Beispiel die IB Wohlen AG – wirklich kurz bevorsteht und die Anlagen nicht nur mit Leerrohren verbaut bleiben. Somit bitte ich den Gemeindeammann diesbezüglich etwas konkreter zu werden als nur die Aussage, dass ein Kontakt stattgefunden hat und Gespräche im Gange sind. Nur dann würden wir gegen diese Motion stimmen, welche es ja eigentlich nicht brauchen sollte.

Keller Anna, Grüne: Das Thema Elektroautos ist speziell. Meine Fraktion und ich sind sehr für die Förderung der Elektromobilität. Privat besitzen wir bereits seit dem Jahr 2014 ein Elektroauto und verfügen deshalb seit acht Jahren Erfahrung damit. Normalerweise laden die Leute ihr Fahrzeug zu Hause und dort muss man nicht einmal eine Ladestation haben, sondern einfach in erreichbarer Nähe eine ganz normale Steckdose. Es genügt, wenn man das Auto abends einsteckt, dann kann man am Morgen wieder losfahren. Die meisten Leute machen das so. Anders zeigt es sich, wenn man unterwegs ist. Dann möchte man – wie mit einem benzinbetriebenen Fahrzeug – ja innert nützlicher Frist und nicht über Nacht, tanken bzw. aufladen können. Und dann wird eine Schnellladestation benötigt, in welcher es möglich ist innert einer halben Stunde das Fahrzeug aufzuladen. In dieser Zeit kann man ein Kaffee nehmen. Diese Ladestationen müssen dann dafür extra eingerichtet sein. Eine solche Schnellladestation haben in der Regel die wenigsten Leute zu Hause. Ein Problem stellen hingegen die Mehrfamilienhäuser dar. In einem Einfamilienhaus, wie ich eines bewohne, kann man problemlos eine Steckdose irgendwo draussen oder in der Garage einrichten lassen. Das geht jedoch in den Mehrfamilienhäusern nicht so einfach. Man muss den Eigentümer fragen und dieser muss dazu bereit sein und vielleicht macht er das auch nicht. Bei Neubauten sollte in Zukunft zwingend verlangt werden, dass bei jedem Parkplatz eine normale Steckdose eingebaut wird. Derzeit wird bald die Bau- und Nutzungsordnung der Gemeinde Wohlen revidiert und diese Auflage gehört in diese Norm. Reiseschnellladestationen müsste es jedoch – wie eine Benzintankstelle – überall haben. Idealerweise mit einfachen Zahlfunktionen. Das ist etwas Wichtiges. Wir haben nämlich schon mit X verschiedenen Systemen viele negative Erfahrungen gemacht. Es gab zwar eine Ladestation, jedoch konnte man nicht laden, weil man nämlich nicht zahlen konnte. Dann muss man schauen, wie man dann noch weiterkommt. Wir sind im Moment für die Nichtüberweisung. Dies jedoch nicht, weil wir gegen die Elektromobilität sind. Im Gegenteil, man muss sich überlegen, was sinnvoll ist.

Scherrer Daniel, FDP/Dorfteil Anglikon: Die vorliegende Motion greift ein wichtiges, relevantes und aktuelles Thema auf. Ich kann die Aussage von Harry Lütolf bestätigen. Jedes vierte neu in der Schweiz zugelassene Auto ist entweder voll- oder teilelektrisiert. Der neue Vorstand der FDP will auf jeden Fall das Thema Ökologie mit dem Thema Wirtschaft in Einklang bringen. Wir unterstützen aus dem Grund sicher solche Themen, wenn sie auch entsprechend nachhaltig aufgegleist sind.

Man kann jetzt sagen zwölf Ladestationen auf 17'000 Einwohnern mit entsprechendem Pendlerverkehr in zwei Tiefgaragen, welche mehr oder weniger ausgelastet sind, zumindest die eine die andere ist ja noch im Bau. Das ist sicher ein wichtiger Schritt in Richtung Mobilitätsstrategie. Ist halt eben ein erster Schritt. Die Frage ist jetzt, müssen wir für diesen ersten Schritt für zwölf Ladestationen dem Gemeinderat so in

seine operativen Entscheidungen eingreifen. Die Fraktion der FDP/Dorfteil Anglikon sieht das nicht so. Vielmehr sehen wir, dass der Bedarf an Ladestationen natürlich wachsen wird. Wir möchten es anders machen, als heute einen potenziellen «Flickenteppich» zu beginnen und dies mit der Teilvergabe von zwölf Ladestationen zu fördern. Die FDP beabsichtigt deshalb selbst eine Motion einzureichen, um ein gesamtheitliches E-Mobilitätskonzept aufzugreifen. Darin gehört nicht nur das Thema IB Wohlen AG, sondern den ganzen Wirtschaftsraum Wohlen. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass die eine oder andere Unternehmung in Wohlen, welche bislang noch keine Ladestation hat, interessiert wäre, das Thema mit uns anzugehen. Ich denke hier zum Beispiel an den Lidl, welcher bereits über Ladestationen verfügt. Ich kann mir aber auch vorstellen, dass die AKB Interesse haben könnte. Ich glaube, man muss sich gesamtheitlich überlegen, wie die Gemeinde Wohlen in Bezug auf die E-Mobilität auftreten möchte. Die verschiedenen heute gehörten Themen könnten so aufgegriffen werden. Manche haben die Möglichkeit ihr Auto Zuhause zu laden und andere nicht. Wieder andere pendeln und andere gehen zur Arbeit und möchten dort vielleicht ihr Fahrzeug laden können. Es zeigt sich immer mehr, dass ein gesamtheitliches Mobilitätskonzept für Wohlen von Vorteil und zukunftsweisend wäre. Aus diesem Grund unterstützen wir heute die Motion nicht. Aber nicht im Sinne, dass wir nicht ökologisch und nachhaltig denken, sondern dass das gesamtheitlich angegangen wird und man sich beim Gemeinderat nicht operativ einmischt.

Eberhart Andreas, SVP: Wir sind eigentlich für E-Ladestationen auf öffentlichem Grund. Aber es kann nicht die Aufgabe der Gemeinde sein, die Ladestationen aufzustellen und zu betreiben. Aus dem Grund stimmen wir der Motion nicht zu.

Meier Valentin, SP: Ich glaube, wir sind selten so gleicher Meinung wie heute. Auch wir finden es ist nicht Sache der Gemeinden Tankstellen zu betreiben. Ansonsten könnte man auch gleich fragen, ob die Gemeinde Wohlen auch noch die Diesel- und Benzintankstellen betreiben möchte. Diese könnten ja dann vom Werkhof betrieben werden und man könnte dafür noch weiteres Personal anstellen oder was auch immer. Es freut die SP, dass so viele Parteien hinter dem ökologischen Wandel stehen. Das finden wir eine sehr gute Sache. Wir schlagen aber eher vor, vielleicht einmal ein Pilotprojekt zu machen und beispielsweise ein bis zwei E-Tankstellen zu machen und diese dann auch korrekt zu evaluieren. Man könnte so schauen, wie die Auslastung ist. Gerade in einem sich so schnell entwickelnden Markt macht es vielleicht auch Sinn zwei bis drei Jahre zu warten und zu schauen, wohin es sich entwickelt. Wir werden die Motion grossmehrheitlich ablehnen.

Einzelvoten

Donat Ruedi, Die Mitte: Wie es manchmal in der Politik geschieht, wird hier alles verredet. Eigentlich sind alle dafür, aber keiner will etwas machen. Die FDP möchte sogar noch etwas anderes machen. Geben Sie doch jetzt dieser Motion eine Chance und stimmen sie ihr zu. Es wäre immerhin einmal in der Gemeinde Wohlen ein Anfang gemacht. Ich möchte auf die Eigentümerstrategie der IB Wohlen AG 2021-2022 hinweisen. Es handelt sich dabei zwar um die unternehmerischen Ziele der IB Wohlen AG, aber diese wurden in Zusammenarbeit des Gemeinderates mit dem Verwaltungsrat erstellt. Darin ist unter Punkt 6 i) Folgendes aufgeführt: *«Angebote an Beratungen und Lösungen für die Ladeinfrastruktur (Langsam-Ladestationen) im Bereich der wachsenden Elektromobilität wird bereitgestellt.»*

So wie es bereits Harry Lütolf geschildert hat, benötigte es dazu eigentlich die Bewilligung des Eigentümers. Der Gemeindeammann hat zwar gesagt, es sei auf gutem Weg. Leider hat man jedoch bis jetzt noch nichts davon gehört oder gesehen. Ich bitte Sie die Motion zu unterstützen.

Meyer Meinrad, Die Mitte: Wir haben viel über E-Mobilität gehört. Wir haben viel über Ladestationen gehört. Auch das Klimaziel war ein Thema. Dies alles in Ehren. Die Motion von Harry Lütolf fordert ja nicht, dass die Gemeinde die Ladestationen betreibt. Gefordert wird nur, dass die Gemeinde den Auftrag zum Installieren gibt. In der Motion ist nicht die Rede davon, dass die Gemeinde diese betreiben muss. Wenn wir E-Mobilität möchten, dann braucht es auch die Ladestationen. Die E-Mobilität ist sicher auch gut, wenn wir die Klimaziele erreichen wollen. Man darf aber eines nicht vergessen, es nützt nichts, wenn wir nur die Weihnachtsbeleuchtung abstellen, damit alle Elektroautos geladen werden können. Der Strom, welchen

es braucht, muss auch noch produziert werden. Und das ist im Moment ja auch ein grosses Thema. Windkraftanlagen auf dem Lindenbergr werden bekämpft. Und dies genau von diesen Seiten, welche sie jetzt auch befürworten. Der Strom muss produziert werden und das ist ein viel grösseres Thema.

Parvex Olivier, GLP: Ich wurde schon als Autoverkäufer und Tankstellenbetreiber bezeichnet. Nun möchte ich mich als Vertreter von Wohlen äussern. Ich stelle fest, dass nicht sehr viel Know-how oder Erfahrung in Bezug auf Elektromobilität vorhanden ist. Beim Betrieb von Tankstellen darf man sich das nicht so vorstellen wie die SP, welche dafür gleich eine ganze Abteilung in der Verwaltung eröffnen möchte. Das ist ganz ein simpler Vertrag, welcher mit einem Anbieter abgeschlossen wird. In diesem Vertrag wird ein Tarif festgelegt, es kostet eine Monatsgebühr und anschliessend hat man nichts mehr damit zu tun, ausser dass man quartalsweise eine Abrechnung und Geld erhält. Das ist der ganze Aufwand. Man muss sich dafür zwei bis drei Stunden Zeit nehmen. Der Gemeinderat meint es kaum ernst, dass er mit Leerrohren Autos aufladen kann. Wenn man eine neue Tiefgarage baut und dazu die Ladeinfrastruktur nicht erstellt, sondern lediglich das Teuerste wie Kabel verlegt, dann ist das ein bisschen so, wie wenn man ein Auto ohne Räder baut und dann denkt, dass schon jemand kommt, der die Räder bezahlt und dann das Auto kauft. Natürlich ist es so, dass man die Garagen fertig bauen muss, das gehört heute dazu. Genau wie die Parkschränke und die Beleuchtung. Das kostet nicht mehr viel. Der Gemeindeammann hat es richtig gesagt, das Teuerste daran ist die Leitung und die besteht. Bei beiden diskutierten Standorten gibt es Solaranlagen. Der Strom wäre somit wohl tagsüber gratis vorhanden. Auch wenn mir die Details über die Verkabelung nicht vorliegen. Man möchte jetzt warten und dann ein Gesamtkonzept machen. Es gibt immer wieder irgendwo eine neue Baustelle, neue Parkplätze etc. Das Konzept wird nie fertig werden, das kann ich Ihnen jetzt schon versichern. Ich bitte Sie die Motion zu überweisen und den Gemeinderat zu verpflichten, die wenigen Ladestationen zu erstellen. Es handelt sich um fünf und sieben Stationen. Mir ist nicht bekannt, wie viele der Gemeinderat bereits in Auftrag gegeben hat. Der Gemeindeammann hat dies vorhin angetönt und sagt nochmals etwas dazu.

Lütolf Harry, Die Mitte: Ich erlaube mir eine Entgegnung. Es ist vorliegend schon eine bizarre Angelegenheit. Alle Äusserungen, welche ich jetzt zur Kenntnis nehmen musste, weisen eigentlich darauf hin, dass die Elektromobilität grundsätzlich begrüsst wird und die Ladestationen auch grundsätzlich erstellt werden sollen. Aber dies mit vielen Anmerkungen zum Ort, der Anzahl und dem Zeitpunkt. Die Relativierungen und das Genörgel sind einfach unschön. Jede zusätzlich erstellte Ladestation in diesem Dorf oder Land hilft der Elektromobilität zum Durchbruch. Und die Elektromobilität wiederum verhilft den Klimazielen zum Durchbruch. In diesem Land werden 1/3 der CO₂-Emissionen vom motorisierten Verkehr verursacht. Wenn man es nun schafft, dass die Fahrzeuge elektrisch betrieben werden, dann haben wir, was die Klimaziele betrifft, schon wesentlich viel erreicht.

Anne Keller erwähnte es vorhin. Der springende Punkt sind genau die Mehrfamilienhäuser. Es ist natürlich schön – die meisten im Saal sind vermutlich Eigenheimbesitzer. Aber in diesem Dorf und Land sind 60% bis 70% Mieter und davon leben die meisten in einem Mehrfamilienhaus. Dort gestaltet sich das Ladensehr schwierig. Die meisten Mehrfamilienhäuser haben heute keine eigene Ladestationen. Es wäre natürlich toll, wenn jeder sein Fahrzeug Zuhause laden könnte, dann bräuchte es die andere Infrastruktur zusätzlich nur in einem geringen Mass. Aber all diejenigen, welche Pendler sind und Zuhause kein schönes Einfamilienhäuschen mit einer Garage haben und eine solche Ladestation selbst installieren können, die sind auf öffentliche Ladestationen angewiesen. Diese Personen müssen ihre Fahrzeuge aufladen können und dies am besten, wenn sie nicht darinsitzen, sondern bei der Arbeit sind. So könnte man in Wohlen in die Tiefgarage fahren, parkieren und gleichzeitig sein Fahrzeug aufladen. Fall erledigt. Das wäre die perfekte Umsetzung der Elektromobilität. Wenn wir dies nicht machen, dann machen wir etwas falsch. Wir müssen ein Signal setzen. Wir haben es als Gemeinde in der Hand. Die Gemeinde muss mit einem guten Schritt vorgehen. Wenn man dies jedoch wie vorliegend verredet, dann ist Hopfen und Malz verloren.

Nicoll Jonathan, SVP: Ich verstehe die Diskussion gerade nicht. Es gibt nach wie vor Mehrfamilienhäuser, die werden früher oder später einen Elektroanschluss haben. Es sind auch Eigentümer und Stockwerkeigentümer am Diskutieren, wie es sich in den nächsten fünf bis zehn Jahren entwickeln wird. Genauso wie man über den K-Wert der Scheiben spricht oder über die Wärmedämmung. Das ist ein grosses Thema. Ich sehe keinen Sinn, dass jemand, der in Wohlen wohnt Park and Ride macht. Er gibt Geld für die Anschaffung eines Elektromobils aus, damit er anschliessend beim Bahnhof als Dauermieter einen Parkplatz mieten kann. Dann erwartet er, dass die Gemeinde Steckdosen installiert und den Strom zur Verfügung

stellt. Der einzige wirtschaftliche Grund, welchen ich sehe, ist dass wir als Gemeinde den Stromverkauf unserer eigenen Firma, der IB Wohlen AG, fördern wollen. Aber ansonsten bin ich der Meinung, dass derjenige, welcher sich ein Elektromobil kauft, dies auch für weitere Distanzen und Fahrten zur Arbeit benötigt. Wenn ich heute einen Fiat 500 E kaufe und ihn bei mir Zuhause über Nacht lade, dann ist er am nächsten Morgen voll und ich habe 400 km Reichweite. Für das muss ich nicht am Samstag auf Wohlen fahren und einen Parkplatz suchen, um innerhalb einer halben Stunde Strom zu laden. Man kann das Zuhause machen. Es braucht es einfach nicht. Ich kann die ganze Diskussion nicht nachvollziehen. Wenn ich vor zehn Jahren einen Benziner gekauft habe, dann bin ich auch nicht zum Gemeinderat gegangen und habe im Oberdorf eine weitere Tankstelle verlangt, weil mir der Weg sonst zu weit war. Bitte überlegen Sie doch ein bisschen logisch. Mit allem Respekt gegenüber der Ökologie. Sie können im YouTube nachschauen, wie Strom entsteht. Wenn wir jetzt vor allem die Klimaveränderungen berücksichtigen. Pro Tag werden in Chile 20 Millionen Liter Wasser aus unserem Planeten herausgezogen, damit in Wasserbecken Lithium gesammelt werden kann. Wer ist hoch grün und akzeptiert dies so. Das ist genau das, was unseren Planeten und die Umwelt verändert. Die Folgen davon sind Stürme, Regen und Erdbeben. Das ist ein grosser Einflussfaktor. Also erzählen wir nicht, dass dies das Beste ist, was es gibt.

Keller Anna, Grüne: Es gibt eigentlich viele Punkte, zu welchen ich etwas sagen könnte. Auch in einem Mehrfamilienhaus muss die Möglichkeit bestehen, Fahrzeuge aufzuladen. Dafür benötigt es jedoch keine Ladestationen. Eine Steckdose pro Parkplatz ist ausreichend, um morgens losfahren zu können. Ein Fahrzeug mit einer Reichweite von 400 km reicht sehr gut. Diese Distanz fährt man ohnehin nicht jeden Tag. Es benötigt somit nicht eine separate Ladestation. Beim Lidl, welcher über Ladestationen verfügt, hat diese jedoch nur während seiner Öffnungszeiten offen. Diese nützen somit an einem Sonntagmorgen auch nichts. Sollte die Gemeinde in den Parkhäusern etwas einrichten, so denke ich schon, dass es Schnellladestationen sein müssten. Es müssten allerdings Plätze sein, von welchen die Leute wieder weggehen, wenn das Fahrzeug geladen ist. Sonst stehen diese den ganzen Tag auf den Parkplätzen und blockieren die Ladestationen. Das ist nämlich sinnlos, denn das Fahrzeug ist nach ca. 45 min geladen. Mein Hauptwunsch ist allerdings eine einfache Zahlfunktion. Das ist leider nicht überall gewährleistet. Wir sind noch etwas unsicher bezüglich der Überweisung der Motion. Das den mit den Solaranlagen auf dem Dach stimmt übrigens auch. Selbstverständlich habe ich seit längerer Zeit eine solche Zuhause. Auf einem neuen Haus teil, welchen wir machen werden, werden wir auch wieder eine installieren. Ich habe Meinrad Meyer ermuntert, bei sich auch eine zu installieren.

Stäger Dieter, FDP: Ich wohne seit fünf Jahren in der Steindler-Überbauung. Das ist eine neue, relativ moderne Mittelstandsüberbauung mit insgesamt 55 Wohnungen. Als ich eingezogen bin, war es mir sehr wichtig, dass die Voraussetzungen gegeben sind, dass ich mir als nächstes Fahrzeug ein Elektroauto kaufen kann. Es wurde mir dann bestätigt, dass alles wie Leerrohre, Zähler etc. schon vorhanden ist. Und jetzt stellt sich heraus, dass alles Schnee von gestern ist, weil sich die Technologie seit damals so schnell entwickelt hat, dass das nicht mehr so funktioniert. Nun wurde die IB Wohlen AG für die Umsetzung beauftragt. Diese erstellen nun in dieser Überbauung ein Energiemanagementsystem. Denn wenn irgendwann einmal die Bewohner der 55 Wohnungen alle gleichzeitig ihr Elektrofahrzeug laden möchten, dann reicht schlicht und einfach die Energiezufuhr nicht mehr aus.

Ich möchte vor allem eines damit sagen. Diejenigen Leute, welche die Elektromobilität benutzen wollen, die machen es auch und sind bereit dafür die notwendigen Investitionen zu tätigen. Weiter ist es völlig falsch, wenn wir denken, dass wir das gratis zur Verfügung stellen müssen. Es handelt sich um einen Markt wie jeder andere. Wir haben es vorhin schon gehört, dass die Elektromobilität bei weitem nicht so grün ist, wie man meinen könnte. Ich sehe somit keinen Grund, weshalb der Staat jetzt in dieses Thema eingreifen sollte. Wir dürfen das mit gutem Gewissen der Wirtschaft und den Privaten überlassen. Aus diesem Grund bin ich für die Abweisung dieser Motion. Ausser es gibt eine Einschränkung. Die Gemeinde entwickelt ein Gesamtenergiekonzept. Dann kann ich hinter dem stehen. Aber das Montieren einiger Steckdosen in Tiefgaragen stellt für mich eine «Pflasterlipolitik» dar.

Scherrer Daniel, FDP: Mich erinnert die ganze Diskussion an diejenige betreffend des Ukraine-Krieges. Wir wurden da plötzlich alle zu Ukraine-Experten. Heute Abend sind wir alle E-Mobilität und Elektroexperten. Ich möchte einfach nochmals eines zum Ausdruck bringen. Zwölf Ladestationen – so etwas gehört in den operativen Betrieb des Gemeinderates. Wenn wir über das Konzept reden, so wie wir es gerade von Dieter Stäger gehört haben, dann kommt die Unterstützung von unserer Seite. So etwas gehört definitiv da

hinein. Wie vorher seitens der Grünen gesagt, finden sie PV-Anlagen auf den Liegenschaften der Gemeinde gut. Das wäre dann vielleicht die nächste Motion. Wir könnten PV-Anlagen auf dem Gemeindehaus installieren und Regenwasser zurückführen. Irgendwo, liebe Ratskollegen, müssen wir einmal aufhören. Ein solches Geschäft mit zwölf Ladestationen gehört in den operativen Betrieb des Gemeinderates und nicht in den Einwohnerrat. Wie wir es heute schon gehört haben, die Einwohnerräte sollten Aufwände zurückhalten. Wir sollten schauen, dass der Gemeinderat nicht überlastet wird und sicher nicht solche Motionen schreiben.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich hätte nicht gedacht, dass dies so viel zu diskutieren gibt und dass es teilweise so emotional wird. Ich möchte nicht über den Sinn oder Unsinn der verschiedenen Antriebstechnologien diskutieren. Ich glaube, das wäre ein abendfüllendes Programm. Darauf verzichte ich wirklich gerne.

Ich möchte noch ein Wort zur Aussage von Meinrad Meyer bezüglich der Verfügbarkeit der Ressourcen sagen. Der beste Weg, um all diesen Entwicklungen entgegenzuwirken ist einfach der Verzicht. Nichts anderes. Also einfach der Verzicht auf Mobilität oder das Einschränken der Mobilität, unabhängig der Antriebsart.

Betreffend der Bemerkung von Daniel Scherrer, bezüglich der PV-Anlagen auf gemeindeeigenen Liegenschaften. Bei sämtlichen Neubauten der Gemeinde Wohlen und bei Sanierungen ist dies eigentlich Usus. Hier wird immer die energieeffizienteste Lösung in Kombination mit dem Heizsystem gesucht. Eine Überproduktion wird durch die IB Wohlen AG vermarktet. Das gehört zum Standard. Ich bin der Meinung, dass dies eine Pflicht der öffentlichen Hand darstellt, die Gebäude, wenn es Sinn gibt und möglich ist, mit PV-Anlagen auszustatten.

Die ganze Diskussion heute Abend bestätigt das Vorhandensein einer grossen Befürwortung der E-Mobilität. Dies freut den Gemeinderat. Die vorliegende Motion ist schlicht und einfach unnötig, weil sie einfach schon erfüllt ist. Seit dem Zeitpunkt der Einreichung bis heute haben bereits die Gespräche stattgefunden. In einem ersten Schritt werden zwei Ladestationen beim Bahnhof und zwei in der Tiefgarage Hofmatten installiert. Dies beantwortet die Frage der GLP. Anhand des festgestellten Bedarfs können dann weitere Ladestationen installiert werden. Ich betone nochmals, dass es der Gemeinderat als Pflicht erachtet, dass die Anlagen kostendeckend betrieben werden können. Es kann nicht sein, dass die Gemeinde hier noch Beiträge zuschiessen muss. Beiträge, welche darüber hinausgehen, als die Installation von Leerrohren, wie es vorliegend gemacht wurde. Damit wird nun einmal gestartet. Es erreicht nicht den Wert von 5%, wie in der Motion gefordert, aber wenn der Bedarf tatsächlich ausgewiesen ist.

Abstimmung

Die Motion 15005 betreffend Bereitstellung von Parkplätzen mit Ladestationen auf öffentlichem Grund wird mit 10 Ja-Stimmen zu 27 Nein-Stimmen abgewiesen.

Postulat 15024 Steuerfusserhöhungen zwingend mit Schuldenabbau

Donat Ruedi, Die Mitte: Ich danke dem Gemeinderat für den ausführlichen Bericht zum Postulat betreffend das Thema, dass Steuerfusserhöhungen nur noch für den Schuldenabbau verwendet werden dürfen. Meine Beweggründe habe ich einerseits im Postulat beschrieben. Die Motivation zur Erstellung des Postulats hatte unternehmerische Gedankengänge, wie es in der Privatwirtschaft üblich ist, zu Grunde. Wenn ich eine grosse Investition tätige und mich dadurch stark verschulde, dann bin ich bestrebt, diese mit zusätzlichen Geldern rasch wieder abzubauen. Ich habe hier meine konkreten Vorstellungen bezüglich des Vollzugs. Dazu gebe ich Ihnen ein Beispiel. Wenn eine Steuerfusserhöhung von 2% bewilligt werden würde – um es einfach ausrechnen zu können habe ich für 1 Steuerprozent CHF 250'000 genommen – dann darf diese halbe Million nur für den Schuldenabbau verwendet werden. Natürlich müssten die Tilgungen und die Amortisationen beibehalten werden. Zur Kontrolle des Ganzen müsste im Budget und im Geschäftsbericht eine neue Kostenstelle geschaffen werden. Das waren einfach meine Vorstellungen, als ich das Postulat entworfen habe.

Im Bericht zeigt der Gemeinderat klar und verständlich auf, wie die kantonale Gesetzgebung auf eine Überschuldung reagiert und die Gemeinden entsprechend in die Schranken weist. Das Gemeindegesetz sieht einen ausgeglichenen Gemeindehaushalt über vier bis acht Jahre vor. Wenn die Bilanz in diesem Zeitraum einen Fehlbetrag aufweist, muss dieser – per Gesetz – zusätzlich abgetragen werden. Und das ist auch gut so. Dem Schuldenaufbau entgegenzuwirken, geht nur – wie es der Gemeinderat geschrieben hat – über gute Rechnungsabschlüsse. Grössere Investitionen sind in die Zukunft zu verschieben oder noch besser zu hinterfragen. Mich stört es, dass im Bericht nicht die aktuellen Zahlen verwendet wurden. Das finde ich schade.

Ich habe das Postulat am 22. Juni 2022 eingereicht. Zu diesem Zeitpunkt wäre es möglich gewesen die aktuellen Zahlen des Rechnungsabschluss 2021 sowie die Zahlen des Budget 2022 in den Bericht einfließen zu lassen. Ich bitte daher den Gemeinderat, wenn schon so ausführlich über ein Postulat berichtet wird, auch die aktuellen Daten zu verwenden. Dem Gemeinderat danke ich nochmals für den ausführlichen Bericht zu unserem Postulat. Im Gemeindegesetz wird vorgegeben, wie eine hohe Verschuldung zu handhaben ist. Wir sind aus den genannten Gründen mit diesen Ausführungen zufrieden und dementsprechend ziehen wir das Postulat zurück.

Motion 15029 Definierung einer Schuldenobergrenze und einer Steuerfussobergrenze mit den notwendigen Massnahmen

Hauri Claudia, SVP: Was war das Ziel meiner Motion gewesen? Mein Ziel war die Definition einer Leitplanke für eine Schulden- und Steuerfussobergrenze sowie Massnahmen, wenn diese überschritten werden. Die Antwort des Gemeinderates war ein achtseitiges Dokument mit vielen Worten und einem Antrag auf Nichtüberweisung. Wo sind die konkreten Lösungsansätze? Weshalb nimmt der Gemeinderat diese Chance nicht wahr, um unsere Kosten und Steuern aktiv in den Griff zu bekommen. Rechtliche Grundlagen werden mit dem Hinweis zitiert, dass in unserer Gemeinde ein Budget- und Finanzplanungsprozess mit Finanzkennzahlen existiert und ein Legislaturprogramm eingeführt ist. Das ist korrekt. Doch es ist in diesem Saal jedem bewusst, dass der Steuerfuss von 120% im Jahr 2023, gemäss dem aktuellen Finanzplan, auf der Basis von einem Zinsfuss von 2,8% geplant ist. Real und mit der aktuellen Inflation wird das sicher höher sein. Wenn wir jetzt einmal annehmen, dass dieser 3,8% sein wird, bei einer geplanten Nettoschuld von CHF 111 Mio. wird eine zusätzliche Steuerfusserhöhung von 7% im Jahr 2032 notwendig sein. Das sind total 227%. Das war jetzt einfach ein Rechenbeispiel. Das ist auch ein Ziel dieser Motion, dass man bei einer zusätzlichen Investition sieht, dass sich entsprechend auch der Steuerfuss erhöht. Ein anderes Zitat:

«Zusammenfassend betrachtet hat der Einwohnerrat und auch die Wohler Bevölkerung mit jedem zukünftigen Entscheid über Investitionen mit jedem künftigen verabschiedeten Budget die Möglichkeit, den Schuldenbestand und Steuerfuss direkt zu beeinflussen.»

Auch das ist korrekt. Aber leider stimmt meistens jeweils die Mehrheit dieses Rats Zusatzinvestitionen und Ausgaben zu. Die Rechnung wird jedoch ohne den Wirt gemacht und selbstverständlich wird das bestellte Menü auch bezahlt werden müssen. Und gerade darum ist die Motion wichtig. Die Definition der Leitplanken ist wichtig und das Aufzeigen von Massnahmen in diesem Gremium, wenn sie überschritten wird. In jeder erfolgreichen Firma existiert ein solches Instrument und gerade darum will ich Sie bitten, die Motion zu unterstützen.

Strasser Denise, Gemeinderätin: Bereits an der letzten Budgetsitzung sorgte das grosse Investitionsvolumen und die finanzielle Situation von Wohlen für Besorgnis im Einwohnerrat. Dies ist verständlich und kommt mit dem soeben behandelten Postulat und dieser Motion zum Ausdruck. Trotz allem beantragt der Gemeinderat die Nichtüberweisung dieser Motion. Die wichtigste Aufgabe der Gemeinde ist es Liegenschaften instand zu halten und instand zu stellen. Und das Investitionsvolumen stellt sich im Moment wirklich ein bisschen besorgniserregend dar. Der Schuldenabbau folgt, wie im Finanzplan dargestellt, ab dem Jahr 2030. Die Steuerung des Finanzhaushalts ist mit finanzpolitischen Zielgrössen festgelegt. Die Aufsichtsorgane überprüfen die Einhaltung dieser Zielgrössen. Bei grossen Abweichungen werden die entsprechenden Massnahmen verlangt. Das oberste finanzpolitische Ziel ist das Haushaltsgleichgewicht. Der Finanzplan ist ein wichtiges Instrument für die finanziellen Folgen der Gemeinde und unsere Steuerfusspolitik. Er zeigt die beschlossenen und die geplanten Investitionen und die Auswirkungen auf den Steuerfuss. Ebenfalls ist aber das Budget, mit der Auflistung der Gemeindeaufgaben, entscheidend. Darin sind jedoch 85% gesetzliche Verpflichtungen. Es sind nicht nur die Investitionen, welche auf den Steuerfuss Auswirkungen haben. Mit jedem Bericht und Antrag werden dem Einwohnerrat sämtliche Investitionsvorhaben vorgelegt. Die Legislative entscheidet über die Mehrheitsfähigkeit. Also haben Sie direkten Einfluss auf jeden Bericht und Antrag. Aus diesen genannten Gründen ist die Definition von Steuerfuss und Schuldenobergrenze systemwidrig und wir bitten Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Fraktionsmeinungen

Zingg Lionel, FDP/Dorfteil Anglikon: Ich schliesse mich inhaltlich sehr gerne unserer Finanzministerin an. Wir haben schnell und einstimmig entschieden, dass die Motion nicht überwiesen werden sollte.

Wir können aber die Beweggründe für die Motion sehr gut verstehen. Auf den ersten Blick hört sich dies interessant an, eine Steuerfussobergrenze für Wohlen zu definieren. Im Vergleich zu einem privaten Unternehmen und der öffentlichen Verwaltung ist das aber schlicht und einfach nicht umsetzbar. Die Gemeinde Wohlen würde, mit so einer starken Regelung beziehungsweise Obergrenze, massiv an Flexibilität verlieren. Zudem können wir auf aussergewöhnliche oder aktuelle Notsituationen viel zu wenig Rücksicht nehmen. Wie es unsere Gemeinderätin bereits angesprochen hat, gibt es viele gesetzliche Vorgaben und Leistungen, welche die Gemeinde Wohlen wahrnehmen muss. Beispielsweise können übergeordnete Instanzen der Gemeinde Wohlen im Bildungs- oder Sozialbereich zusätzliche Aufgaben auferlegen. Man kann dann nicht einfach sagen, dass die Gemeinde diese gesetzlich definierten Aufträge nicht mehr wahrnimmt, weil die Schuldenobergrenze erreicht ist. Die Motion hört sich verlockend an, ist jedoch inhaltlich nicht umsetzbar. Uns bleibt schlussendlich nichts anderes übrig, als situativ jede Investition und jede Steuererhöhung zu überprüfen. Für das sind wir schliesslich gewählt worden.

Stäger Philipp, GLP/EVP: In den vergangenen Jahren wurde intensiv saniert wie auch investiert und die Kosten und unsere Schulden stiegen laufend an. Dies haben wir auch wahrgenommen. Die Vergangenheit können wir jedoch nicht mehr zurückdrehen und wir müssen in die Zukunft blicken. Der Einwohnerrat hat es künftig in der Hand, die Anträge des Gemeinderates auf die Tragbarkeit, auf die Prioritätensetzung und auf die Notwendigkeit zu prüfen. Darauf können wir einwirken. Wir sind der Meinung, dass es bereits genügend Kennzahlen gibt, an welchen wir uns orientieren können. Wir denken, dass man den Gemeinderat nicht mit weiteren Aufgaben belasten muss. Aus diesem Grund unterstützen wir die Überweisung nicht.

Donat Ruedi, Die Mitte: Die Mitte-Fraktion ist der Meinung, dass die Motion nicht überwiesen werden soll. Die Begründung dafür ist, dass sich die gesamte Gemeinde an die Gesetzgebung halten soll. Dies wurde ausführlich im Bericht des Gemeinderats dargelegt. Ich hoffe dann natürlich auch, dass, wenn man schon konsequent das Gesetz einhält, dies dann auch bei den Grüngutgebühren macht. Dies als Klammerbemerkung. Der sehr ausführliche Bericht zeigt jedoch klar auf, dass eigentlich nur wenig Handhabe vorliegt, um einwirken zu können. Im Einwohnerrat Baden wurde ein ähnlich gelagerter Vorstoss eingereicht. Der Inhalt ist ebenfalls die Festlegung einer Schuldenobergrenze. Ich bin gespannt auf die Reaktion des Einwohnerrats und des Stadtrats. Die Mitte wird die Motion nicht überweisen.

Schmid Patrick, Grüne: Auch wir werden dieser Motion nicht zustimmen. Das Parlament hat sehr viele Bestellungen vorgenommen. Es liegt nun an diesem Parlament eine Steuerfusserhöhung zu beschliessen und sie nicht mit irgendwelchen Initiativen und Referenden zu beschliessen. Dies, bis wir unsere Schulden abbauen können, wie es im Finanzplan vorgesehen ist.

Einzelvoten

Lütolf Harry, Die Mitte: Ich möchte auf den wesentlichen Unterschied der verschiedenen Stufen hinweisen. Es gibt eine Schuldenbremse beim Bund, eine beim Kanton und die gewünschte Schuldenbremse jetzt hier in unserer Kommune in der Gemeinde Wohlen. Da sowohl beim Bund wie auch beim Kanton nicht das Volk über das Budget abstimmt, wurde die Schuldenbremse eingeführt. Das Parlament, beim Bund und Kanton, hat sich somit quasi selber Fesseln angelegt – Zu Recht wahrscheinlich auch – die Schuldenbremse gesetzlich einzuführen, weil es eben kein Plebiszit des Volkes zum Budget gibt. Und bei uns – Sie wissen es – ist der wesentliche Unterschied zwischen dem Bund, dem Kanton und der Gemeinde, dass in der Gemeinde eben gerade das Volk über das Budget abstimmt. Und das Volk stimmt auch über die Finanzierung ab, nämlich über den Steuerfuss. Und wenn das Volk ein Verdikt abgibt, dass bestimmte Ausgaben in einem Budget steuerfussbezogen getätigt werden sollen, dann ist es die Stimme des Volkes. Und dann muss man dem Volk auch keine Schuldenbremse aufdrücken. In Wohlen kann einzig und allein das Volk darüber bestimmen, was und wie viel ausgegeben werden soll. Diesen Mechanismus kennt man weder beim Kanton noch beim Bund. Es wäre somit falsch, dies in der Gemeinde so zu machen.

Abstimmung

Die Motion 15029 betreffend Definierung einer Schuldenobergrenze und einer Steuerfussobergrenze mit den notwendigen Massnahmen mit 9 Ja-Stimmen zu 27 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Meier Cyrille, Präsident: Ich bedanke mich bei Ihnen ganz herzlich für das konstruktive und emotionale Mitwirken. Die nächste Einwohnerratssitzung wird voraussichtlich am Montag, 5. Dezember 2022, um 19.00 Uhr, hier im Casino stattfinden. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und bleiben Sie gesund. Die Sitzung ist geschlossen.

Für das Protokoll


Cyrille Meier
Präsident


Michelle Hunziker
Gemeindeschreiber-Stv.